Absender\*in:

Ort und Datum:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Mayor Vasil Terziev

Sofia Municipality

33 Moskovska Street

1000 Sofia

Bulgaria

Rund 200 Rom\*nja in Sofia sind nach der Zerstörung ihrer Häuser durch die lokalen Behörden obdachlos geworden. Die Polizei führte die Zwangsräumungen ohne ordnungsgemässes Verfahren, ohne angemessene Vorankündigung und ohne Prüfung alternativer Lösungen durch. Das Vorgehen der Behörden ist eine direkte Verletzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 11. April. Dieser hatte die Regierung angewiesen, bis zur Klärung eines Rechtsstreits den Abriss der Häuser einzustellen. Die betroffenen Familien, darunter Kinder, ältere Menschen, Schwangere und Menschen mit Behinderungen, sind nun ohne Unterkunft, Wasser und Strom.

**Ich fordere Sie auf, umgehend alle weiteren Zwangsräumungen zu stoppen.**

**Ich fordere Sie ausserdem auf, dafür zu sorgen, dass alle betroffenen Familien angemessenen Ersatzwohnraum und Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie medizinischer Versorgung, sozialer Unterstützung und Bildung erhalten. Dazu gehört die Einrichtung einer Krisenarbeitsgruppe, der wichtige staatliche Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertreter\*innen der Betroffenen angehören. Diese Gruppe sollte dringend auf eine Lösung der Situation hinarbeiten. Ausserdem sollte der Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen für den entstandenen Schaden ermöglicht werden.**

**Ich fordere Sie auf, unverzüglich zu handeln, um die aktuelle Notsituation zu beenden und die Verpflichtungen Bulgariens im Rahmen der internationalen und regionalen Menschenrechtsvorschriften einzuhalten.**

Hochachtungsvoll,

**Kopie:**

Botschaft der Republik Bulgarien, Bernastrasse 2, 3005 Bern

Fax: 031 351 00 64 / E-Mail: embassy.bern@mfa.bg

Absender\*in:

Ort und Datum:

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt

Head of the Bishkek city prosecutor’s office

Kanat Jumaliyevich Nasipov

T. Abdymomunov St., 276

Bishkek, 720033

Kyrgyz Republic

Ich wende mich heute an Sie, weil ich mir Sorgen um die Menschenrechtsverteidigerin Rita Karasartova mache.

Rita Karasartova wurde am 14. April 2025 nach der Durchsuchung ihres Hauses von Sicherheitskräften festgenommen. Sie wurde nach Paragraf 278 Absatz 3 des kirgisischen Strafgesetzbuchs angeklagt («Aufrufe zum aktiven Ungehorsam gegenüber rechtmässigen Forderungen von Behördenvertretern und zu Massenunruhen»). Diese Anklagen sind vage, scheinen politisch motiviert zu sein und als Vergeltungsmassnahme für ihre friedliche Menschenrechtsarbeit und ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu erfolgen. Rita Karasartova hat keine Straftat begangen, und ihr Handeln stellt keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Der Missbrauch des Strafrechtssystems gegen Menschenrechtler\*innen und das allgemein harte Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft in Kirgisistan zeigen einen alarmierenden Trend zur Unterdrückung abweichender Meinungen und zur Einschränkung der Menschenrechte. Dieses Vorgehen stellt einen direkten Verstoss gegen die Menschenrechtsverpflichtungen Kirgisistans dar.

**Hiermit fordere ich Sie auf, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Rita Karasartova zu gewährleisten.**

**Sorgen Sie bitte ausserdem dafür, dass alle Klagen gegen sie fallengelassen werden und sie ihre Aktivitäten ungehindert fortsetzen kann, so wie es ihr Recht ist.**

Hochachtungsvoll,

**Kopie:**

Ambassade de la République Kirghize, Avenue Blanc 51, 3ème étage, 1202 Genève

Fax: 022 707 92 21 / E-mail: kyrgyzmission@bluewin.ch